

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Schul-, Sport- und Kulturausschuss
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 14.12.2010
Sitzung Nummer:	14 (SSKA/14/2010)
Sitzungsdauer:	17:00 - 19:29 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Edith Braun
Vorsitzende/r

Heike Wagner
Protokollführer/in

Anwesend:

Vorsitz

Frau Edith Braun

Mitglieder

Herr Günter Bartels

Herr Rüdiger Kloth

Herr Bernd Prange

Herr Dr. Henning Richter-Mendau

Herr Tiemo Schönwald

Herr Peter Zimmermann

beratende Mitglieder

Herr Frank Wiese

sachkundige Einwohner

Frau Rosemarie Dizner

Frau Grit Dräger

Herr Dr. Gerd Heckenberger

Frau Karin Köppe

Herr Sven Oeberst

von der Verwaltung

Frau Ulrike Bollfraß

Herr Matthias Claus

Herr Jörg Hellmuth

Frau Annemarie Theil

Herr Riccardo Ulbrich

Gäste

Herr Uwe Rößler

Frau Annegret Schwarz

stendalbus

Vorsitzende Kreiselternerat Stendal

Abwesend:

sachkundige Einwohner

Herr Wolfgang Liebisch

von der Verwaltung

Frau Dr. Ulrike Bergmann

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
 - 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 13. Sitzung vom 16.11.2010
 - 4 Informationen zur Schülerbeförderung
 - 5 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: 190/2010
 - 6 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende Frau Braun eröffnet um 17:00 Uhr die 14. Sitzung des Fachausschusses im Landratsamt Stendal, Sitzungsraum „Osterburg“ und begrüßt alle Anwesenden.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung

Frau Braun stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Der Ausschuss ist beschlussfähig.

zu TOP 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 13. Sitzung vom 16.11.2010

Die Niederschrift ist bis auf Herrn Wiese allen fristgemäß zugestellt worden. Da die gesamte Post zeitgleich an alle Ausschussmitglieder versandt wurde, ist davon auszugehen, dass hier ein Problem in der Zustellung lag, was zu prüfen ist. Zur Niederschrift selbst bestehen keine Einwände. Die Niederschrift der letzten Sitzung wird festgestellt.

zu TOP 4 Informationen zur Schülerbeförderung

Frau Braun erteilt dem Landrat das Wort und bittet ihn, zu den vorhandenen Problemen und deren Lösung Stellung zu nehmen.

Herr Hellmuth begrüßt die Anwesenden und eröffnet seine Ausführungen mit einem kurzen Rückblick. Er spricht noch einmal die Probleme in der Schülerbeförderung an und weist gleichzeitig darauf hin, dass durch das Unternehmen RVW bereits viele davon gelöst werden konnten. So zum Beispiel die Anschlusssicherung bei Umstiegen. Zur Entlastung der überfüllten Busse wurden Verstärker eingesetzt und an einigen Stellen wurden bereits Fahrplanänderungen zur Verkürzung der Fahrzeiten vorgenommen. Umstiege für Grundschul Kinder wurden gänzlich ausgeräumt. Weitere Arbeiten sind noch notwendig, um auch die letzten noch bestehenden Probleme bis zum in Kraft treten des neuen Fahrplans am 10.01.2011 auszuräumen. Dieser soll bis spätestens Montag Mittag (20.12.10) an die Schulen weitergeleitet werden. Damit soll sichergestellt werden, dass die Informationen noch vor den Ferien an die Schüler bzw. Eltern weitergegeben werden, da zwischen Schulbeginn und neuem Fahrplan nur ein Schultag liegt und die Zeit dann zu kurz wäre. Im Januar des kommenden Jahres werde man in einigen Bereichen damit beginnen, Schüler den Bussen zuzuordnen. In Schönhausen konnte er sich selbst davon

überzeugen, dass der erste Bus relativ voll war und der darauf folgende Gelenkbus kaum genutzt wurde. Diese Zuordnung wolle man dann modellhaft in einigen Bereichen ab Januar durchführen. Die Stadt Havelberg sagte ihre Unterstützung bei der Umsetzung der Veränderungen zu. Alle dann noch bestehenden Probleme und Anfragen werde man nach den Winterferien abklären.

Da noch weitere Gelder in den Haushalt eingestellt werden müssen, sollen ab nächster Woche noch einmal Gespräche mit dem Unternehmen geführt werden.

Es gibt Hinweise, dass zu viel ÖPNV angeboten werden würde. Nach der letzten Ausschusssitzung wurden diesbezüglich viele klärende Gespräche in Gemeinden geführt. Man werde auch weiterhin alle Anfragen bearbeiten, aber gleichzeitig weist er noch einmal darauf hin, dass man nicht vom neuen zum alten System zurück könne und dass man auch keine Sitzplatzgarantie für jedes Kind geben kann.

Im zweiten Halbjahr werden Gespräche mit den Verantwortlichen zum Thema Öffnungs- und Anfangszeiten der Schulen geführt. Im Zusammenhang mit dem System- u. Unternehmenswechsel gab es bereits Änderungen die Schulzeitenstaffelung betreffend. Das bleibt weiterhin Verhandlungssache.

„Jedermannverkehr“, wird auch noch einmal Thema im Januar sein. Hier sollen auch noch Veränderungen erfolgen.

Frau Braun bittet die Leitung, Herrn Ulbrich und Herrn Rößler noch einmal inständig, bei Verhandlungen bezüglich der Schulzeitenstaffelung auch die betreffenden Eltern, Elternvertreter, die Horte und die Schulleitungen mit einzubeziehen. Hier darf nicht wieder einzelorientiert aus Sicht des Unternehmens verhandelt werden, hier muss komplex an die Problemlösung herangegangen werden.

Herr Rößler weist darauf hin, dass in den letzten sechs Wochen zu 90 Prozent nur Belange des Landkreises behandelt wurden. Die Interessen des Unternehmens standen hier nicht im Vordergrund. Fehler des Unternehmens in den ersten 14 Tagen waren rein operativer Natur.

Frau Braun entschuldigt sich bei Herrn Rößler, falsch verstanden worden zu sein.

Herr Hellmuth ergreift noch einmal das Wort und stellt fest, dass die Problematik noch einmal verhandelt werden muss, wenn das gewünscht ist. Sollte aber festgestellt werden, dass die Struktur des Landkreises und seiner Schullandschaft keine andere Regelung zulässt, ist dieser Fakt hinzunehmen.

Frau Theil stellt fest, Änderungen der Schulzeiten erfolgen durch die Gesamtkonferenz, dabei sind dann die Eltern bereits mit einbezogen. Probleme könnte es geben, weil durch den Runderlass kein Schulbeginn nach 8:15 Uhr zulässig ist.

Herr Ulbrich zeigt in einer Präsentation die in den letzten Wochen entstandenen Probleme und deren Lösungsansätze bzw. Lösungen. So konnten zum Beispiel die Hortfahrten für Grundschulen Dobberkau und Goldbeck positiv verändert werden. Die Umstiege in Bismark wurden angepasst und für Arneburg konnte die Fahrzeit zur Sekundarschule Goldbeck verkürzt werden.

Herr Ulbrich führt weiterhin aus, dass zwischen Fischbeck und Tangermünde auf Grund der überfüllten Busse ein weiterer eingesetzt wurde. Zwei Schüler von Wuster- Damm und Wust-Siedlung wurden in den Spezialverkehr integriert. Diese hätten sonst schon vor 6:00 Uhr mit dem ÖPNV fahren müssen. Bei der GS Lüderitz konnten die Wartezeiten nach der Schulschluss erheblich verkürzt werden.

Frau Braun fragt an, ob die Grundschul Kinder aus Klein Schwarzlosen jetzt auch den Hort in vollem Umfang nutzen können. Dies wurde durch Frau Bollfraß bestätigt.

Herr Ulbrich beantwortet noch eine Anfrage eines Elternteils, die Grundschule Börgitz, den Wohnort Wilhelmshof betreffend. Das bestehende Problem konnte zur Zufriedenheit gelöst werden. Des Weiteren wurde auf Grund von Anwohnerbeschwerden die Verkehrsführung durch Bismark verändert. An der Grundschule Flessau konnten auf Grund der Verschiebung der Unterrichtszeiten die Wartezeiten vor und nach dem Unterricht erheblich verkürzt werden u.v.m.

Herr Ulbrich macht weitere Ausführungen zu extrem langen Fahrzeiten ab Calberwisch und dem daraus folgenden Einsatz von zusätzlichen Bussen auf den Strecken Petersmark und Möllendorf sowie Walsleben und Osterburg.

Frau Beninde (Elternvertreterin aus Düsedau) fragt an, ob auf der Strecke Düsedau- Osterburg auf Grund der hohen Auslastung des ersten Busses nicht generell eine Zuordnung der Düsedauer Schüler auf das zweite Fahrzeug erfolgen kann. Diese Frage hatte sie bereits vor längerer Zeit gestellt, aber bisher vom Unternehmen noch keine Antwort erhalten.

Herr Rößler und Herr Ulbrich werden sich gemeinsam um eine zeitnahe (Mitte Januar) Problemlösung bemühen.

Frau Jäger (Elternvertreterin aus Hohenberg-Krusemark) schließt an die vorherige Anfrage an und bemerkt, dass die Busse von Hohenberg-Krusemark nach Osterburg auch weiterhin noch zu voll sind.

Herr Ulbrich bemerkt, dass dieses schon gelöst sein müsste.

Frau Braun fordert die Verwaltung und das Unternehmen auf, den Sachverhalt nochmals zu überprüfen und bedankt sich für die Ausführungen. Weitere Probleme gilt es noch auszuräumen. Dabei spielt der Zeitfaktor eine große Rolle, auch finanzielle Konsequenzen sind nicht ausgeschlossen.

Frau Schwarz möchte wissen, ob die Bushaltestelle in der Krumker Str. in Osterburg dauerhaft bestehen bleibt. Damit steht und fällt die gesamte Schülerbeförderung des Nordens, denn hiermit wird nicht nur der Schulbetrieb des Gymnasiums in Osterburg, sondern auch der der Sekundarschule Seehausen und der Grundschule Groß Garz beeinflusst.

Herr Hellmuth gab eine Zusage für das weitere Bestehen bis zu den Winterferien, danach müsste erneut mit der Stadt Osterburg verhandelt werden.

Frau Theil äußert sich dahingehend, dass diese Haltestelle als dauerhafte Lösung angeboten werden sollte.

Frau Braun bemerkt, dass auch neben den Schülerbedarfen die Anliegerbedarfe eine Rolle spielen.

Herr Raden will das Problem noch einmal dem Stadtrat vorlegen und hofft auf eine positive Entscheidung.

Herr Kloth merkt an, dass am 06.12.2010 in Osterburg besprochene Probleme hier nicht angesprochen wurden.

Herr Ulbrich konnte dazu gleich Rede und Antwort stehen.

Herr Kloth spricht noch ein weiteres Problem an. An der „Wischelandhalle“ in Seehausen kommt es zu Staus, da viele Busse zur gleichen Zeit die Haltestelle anfahren. Er möchte wissen, ob es dazu eventuell schon Veränderungen gibt.

Herr Rößler sieht momentan dort keine Lösung. Die örtlichen Gegebenheiten lassen die Kapazität nicht zu. Deshalb wurden die Gelenkbusse bereits ausgetauscht. Die gehören normaler Weise aber zum ÖPNV dazu. Die infrastrukturellen Voraussetzungen sind hier einfach nicht gegeben. Änderungen sind zum jetzigen Zeitpunkt leider nicht absehbar.

Frau Braun kann das bestätigen. Sie konnte sich von diesem Zustand bereits im Mai/ Juni selbst überzeugen. Hier besteht Handlungsbedarf. Sie sieht im Zusammenhang mit dem Grundstück der ehemaligen Sekundarschule Lösungsansätze.

Herr Kloth begrüßt die neue Verkehrsführung ab Umsteigepunkt Seehausen direkt zum Gymnasium Osterburg. Dadurch konnte die Fahrzeit von 80 auf 60 Minuten verkürzt werden. Trotzdem habe sich die Wegezeit vom Wohnort bis zur Schule nicht geändert, weil die Schüler jetzt an den Haltestellen und an der Schule länger warten müssten. Er fragt an, ob das noch „satzungskonform“ ist.
Herr Kloth merkt an, dass dies ein „hausgemachtes Problem“ sein muss, denn vorher wäre hier freigestellte Schülerbeförderung durchgeführt worden.

Frau Bollfraß stellt noch einmal klar, dass auf der genannten Strecke keine freigestellte Schülerbeförderung stattgefunden hat. Hier waren lediglich Kleinbusse im Rahmen des ÖPNV eingesetzt.

Frau Schwarz zweifelt die Ausführung von Frau Bollfraß an.

Frau Braun bittet um Aufnahme der Anfrage ins Protokoll und Klärung durch die Verwaltung.

Frau Jäger (Elternvertreterin aus Hohenberg-Krusemark) spricht noch einmal die „Zehnstudentage“ der Kinder auf den Strecken Arneburg- Hindenburg- Goldbeck und Arneburg- Hindenburg- Osterburg an und lobt gleichzeitig die gute Zusammenarbeit mit Herrn Rößler, der stets ein offenes Ohr für die genannten Probleme hatte. Sie betont, dass auf Grund der langen Fahrzeiten die Kinder am Nachmittag keine Sportvereine besuchen könnten.

Frau Braun kann das nachempfinden. Der ländliche Raum sei durch die Schulentwicklungsplanung und durch die weitläufigen Entfernungen zwischen den Wohnorten und den Schulen schwer gebeutelt. Man könne den Trend der Rationalisierung und der Landesvorgaben bezüglich der Zügigkeiten nicht mehr mitmachen. Ab dem nächsten Jahr müsse man sich deshalb noch intensiver mit Modellschulen und neuen Schulformen beschäftigen. Die Altmark muss weiterhin attraktiv bleiben. Der Landrat hat dazu auch seine volle Unterstützung zugesagt.

Herr Rößler führt aus, dass man sich bis zum jetzigen Zeitpunkt und bis zum 10.01.2011 auf die schwerwiegenden Probleme konzentriert hat.

Herr Kloth gibt noch einmal zu Bedenken, dass besonders für den Norden des Landes einiges zu tun sei, sonst befürchte er eine Abwanderung der Schüler nach Wittenberge.

Frau Schwarz möchte wissen, ob das Thema Aulosen- Geestgottberg- Losenrade- Beuster ab dem 10.01.2011 geklärt ist.

Herr Rößler erläutert, dass es trotz der Entzerrung der Zeiten weiterhin in einigen Orten Probleme gibt. Dazu gehören die genannten Orte.

Herr Zimmermann stellt fest, dass bis jetzt an dem bisherigen Plan intensiv gearbeitet wurde. Trotzdem konnten immer noch nicht alle Probleme gelöst werden. Vielleicht sollte man doch über den Einsatz einer freigestellten Schülerbeförderung hier und da nachdenken. Des Weiteren erkundigt er sich nach der Gehzeit von der Haltestelle „Krumker Str.“ in Osterburg bis zum Gymnasium.

Herr Hellmuth weist darauf hin, dass in erster Linie der ÖPNV und erst dann die freigestellte Schülerbeförderung zum Einsatz kommen sollte.

Herr Zimmermann bittet darum, den Schulausschuss zeitnah zu informieren, wenn Verhandlungen zu den Änderungen der Schulzeiten geführt werden.

Herr Hellmuth verspricht, dass im Ausschuss darüber diskutiert wird. Die Situation wird vermutlich bis zu den Sommerferien bestehen. Dann sollen aber Gespräche mit den Eltern und Schulen geführt werden. Vorab sollen jetzt aber erst einmal die aktuellen Probleme gelöst werden.

Frau Braun hinterfragt noch einmal die lange Bearbeitungszeit, da doch in den letzten sechs Wochen eine Vielzahl von Problemen gelöst werden konnte.

Herr Rößler macht kurze Ausführungen zum freigestellten Schülerverkehr. Die freigestellte Beförderung wird in der Regel aus anderen Töpfen bezahlt. Andere Landkreise würden dazu übergehen den Freistellungsverkehr in den Linienverkehr zu integrieren, da sich daraus wesentliche Vorteile ergeben. Es sollte in jedem Falle geprüft werden, welche Beförderung sich am Besten eignet, um die Schüler aus den verschiedenen Regionen vernünftig zur Schule zu bringen und nicht diese strikte Unterscheidung in freigestellte Schülerbeförderung und Linienverkehr zu verfolgen. Man sollte auch den Mut haben, festzulegen, dass eine Linie zu bestimmten Zeiten nicht jede Haltestelle bedient.

Herr Prange findet die Rufbusse nicht vorteilhaft, denn viele ältere Menschen hätten kein Telefon. Bestünde hier nicht die Möglichkeit die momentan wenig bzw. nicht genutzten Rufbusse ausfallen zu lassen und dafür zwei feste Busse täglich einzusetzen.

Herr Rößler hat dieses Problem bereits aufgenommen. Die Überlegungen zum Einsatz eines Busses für Einkaufsfahrten Dienstags und Donnerstags bestehen bereits. Zwangsläufig wird der Anteil der Rufbusse zurückgehen. Die Problemlösung wird aber nicht mehr vor Weihnachten erfolgen.

Herr Schönwald gibt zu bedenken, dass man prüfen müsse, ob die Rufbusse das Leben auf dem Lande fördert und man das Geld darin investiert oder ob man die Mobilität weiter einschränkt bzw. verlagert.

Herr Kloth fragt an, ob der neue Fahrplan eventuell zum Downloaden in das Internetportal des Sitzungsdienstes gestellt werden kann, um sich bereits vorab informieren zu können.

Herr Kraul sieht darin keine Schwierigkeiten.

Herr Rößler merkt dazu an, dass der neue Fahrplan in Abstimmung mit dem Landkreis erst am Freitag erscheint und auch erst dann eingestellt werden kann.

Herr Wiese möchte wissen, ob die Gymnasiasten weiterhin mehr für die Fahrkarten bezahlen müssen als bisher.

Frau Braun erklärt den Weg der Fahrkostenrückerstattung abzüglich des Eigenanteils, so dass kein Schüler mehr bezahlen müsse. Leider ist das noch immer nicht allen Eltern bekannt.

Herr Wiese stellt einen Antrag, einen Aushang für die Schulen zu fertigen, um noch einmal die Verfahrensweise zur Erstattung der Fahrkosten zu erläutern.

Frau Braun gibt der Verwaltung den Auftrag, die Schulen nochmals zu informieren.

Frau Schwarz erfragt den Inhalt der schulbezogenen Fahrpläne. Sie möchte wissen, ob diese „mutterfreundlich“ gestaltet sind, so das jeder sie verstehen kann.

Herr Rößler gibt noch einmal zur Kenntnis, dass es für Eltern eine Hol- und Bringepflicht von Informationen gibt. Das Unternehmen war, seiner Meinung nach, schon recht großzügig mit der Erstellung der schulbezogenen Fahrpläne. In anderen Kreisen ist das nicht so üblich, da würden sich die Eltern selbstständig die Informationen aus den Fahrplänen suchen. Weitere Wünsche könne er aus Kapazitätsgründen nicht erfüllen. Das Unternehmen war schon so kulant die Abfahrt- und Ankunftszeiten separat für jede Schule zusammenzustellen, den Rest müssten die Eltern selbst erledigen oder die Verwaltung erhält den Auftrag.

Frau Braun bittet die Verwaltung um Erledigung der genannten Aufgaben.

Herr Ulbrich merkt an, dass diese Arbeit, wie sie Frau Schwarz wünscht, momentan nicht zu leisten ist, da hier sehr viel Handarbeit nötig ist. Wenn das jetzt jedes Jahr in dieser Weise gewünscht wird, solle man darüber nachdenken, ein passendes EDV-Programm dazu einzukaufen, sonst wäre der Aufwand einfach zu hoch. Zum 10.01.2011 erscheinen die neuen schulbezogenen Fahrpläne in gewohnter Weise.

Frau Braun befriedigt diese Aussage nicht.

Herr Wiese schlägt vor, die Schulen zu bitten, gemeinsam mit den Schülern im Unterricht den Fahrplan durchzusprechen.

Frau Bollfraß informiert die Anwesenden zum Inhalt des schulbezogenen Fahrplans.

Herr Rößler weist darauf hin, dass zum 10.01.2011 die schulbezogenen Fahrpläne, wie sie in der jetzigen Form vorliegen, ausgegeben werden können. Eine Erweiterung kann frühestens zu den Sommerferien erfolgen.

Herr Wiese appelliert an die Verwaltung, die Schulen einzubeziehen.

Frau Braun beauftragt die Verwaltung, sich den Empfang der Fahrpläne durch die Schulen bestätigen zu lassen.

Herr Ziehlke (Elternvertreter) bedankt sich bei dem Unternehmen und dem Schulamt für die gute Zusammenarbeit.

Frau Braun bedankt sich für die rege Diskussion und schließt den TOP 4.

zu TOP 5 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen
Vorlage: 190/2010

Frau Braun eröffnet den Tagesordnungspunkt 5 und bemerkt, dass bereits schon mehrfach über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2011 sowie die Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen gesprochen und diskutiert worden ist. Im Folgenden erteilt sie dem Landrat das Wort.

Herr Hellmuth stellt fest, dass dieses Thema in der letzten Zeit in vielen Ausschuss- und Fraktionssitzungen behandelt wurde. Deshalb beschränkt er sich auf das Ansagen der Veränderungen, die auf einem Papier enthalten sind, das allen Kreistagsabgeordneten zugeschickt wurde. Er führt die beiden wesentlichen Veränderungen im Verwaltungshaushalt an.

Das ist erstens die Erhöhung des Anteils der Sachkosten für die Bürgerarbeit und eine Summe von 250.000 € für Überarbeitung der Schülerbeförderung.

Außerdem erläutert Herr Hellmuth die beiden wesentlichen Veränderungen im Vermögenshaushalt.

Frau Braun spricht das Problem Bushaltestellen an. Sie fordert flächendeckende Verbesserungen. Sie bezieht sich dabei hauptsächlich auf die Haltestellen an der Sekundarschule in Seehausen und „Wilhelm Wundt“ in Tangerhütte. In Tangerhütte z. B. gab es seit 1995 keine Veränderungen.

Herr Hellmuth widerspricht, denn es wurden bereits vor zwei Jahren Fördermittel zum Bau von Haltestellen zur Verfügung gestellt. Trotzdem gibt es noch Nachholebedarf.

Frau Braun spricht die Bemühungen in Lüderitz an, wo eine ausreichend große Bushaltestelle gebaut wurde, obwohl auch nicht so viele Fördermittel zur Verfügung standen. Tangerhütte konnte beispielsweise die Gelder nicht annehmen, weil sich die Kommune in der Konsolidierung befindet. In diesem Zusammenhang regt Frau Braun an, dass die Schulträger und das Schulamt mehr Druck ausüben müssen, um hier die Bedingungen zu verbessern.

Herr Ulbrich erklärt dazu Folgendes. 2009 sollte in Tangerhütte auf Grund eines Zuweisungsbescheides ein Wartehaus an der Sekundarschule gebaut werden. Den Bau dort lehnten die Anwohner ab, daraufhin stellte die Stadt Tangerhütte an anderer Stelle ein Häuschen auf. Am mangelnden Geld lag es hier also nicht. In Seehausen sah es ähnlich aus.

Herr Wiese in Seehausen bemerkt, dass es an der Wischelandhalle eine Überdachung gibt. Ihn ärgern nur die ständigen Zerstörungen der Wartehäuschen; dem müsste Einhalt geboten werden und die betreffenden Eltern müssten finanziell zur Verantwortung gezogen werden.

Herr Prange stellt den Antrag, dass das Schulverwaltungs- und Kulturamt die Bauämter in den örtlichen Verwaltungen anschreibt und im Ergebnis eine entsprechende Prioritätenliste vorlegt, um überall die notwendigen Bedingungen an den Bushaltestellen zu schaffen.

Frau Braun stellt den Antrag zur Abstimmung. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Herr Hellmuth erläutert den Verfahrensweg der Mittelvergabe für den Bau von Bushaltestellen. Formal erfolgt die Bearbeitung durch den Bereich ÖPNV in Abstimmung mit den Kommunen und dem Schulverwaltungs- und Kulturamt.

Frau Braun bittet um eine zeitnahe Information an den Schul-, Sport- und Kulturausschuss. Der Landrat stimmt dem zu.

Sie regt an, dass sich der Ausschuss nochmals intensiv mit der Schülerbeförderungssatzung auseinandersetzen muss, wenn die Probleme, die Fahrplanumstellung betreffend, abgearbeitet sind.

Herr Wiese stellt die Frage, ob der Landkreis bereits eine Übersicht erstellt hat, wie sich die Kassenkredite der Gemeinden bis 2017 entwickelt haben.

Herr Hellmuth schlägt vor, diese Problematik während des Kreistages am 16.12.2010 nochmals anzusprechen und zu diskutieren.

Frau Braun schließt den Tagesordnungspunkt 5 ab.

zur Kenntnis genommen

zu TOP 6 Anfragen und Hinweise

Frau Braun eröffnet den Tagesordnungspunkt und erteilt Herrn Dr. Richter- Mendau das Wort.

Herr Dr. Richter- Mendau erkennt die Bemühungen der Verwaltung, der Bürger und des Unternehmens an, die Umstellung des ÖPNV in den Griff zu bekommen.

Er spricht weiterhin einen Missstand an, den er bereits im Stadtrat und gegenüber dem Landrat geäußert hatte. Für ihn ist es unfassbar, dass in einer Stadt wie Stendal, einem Mittelzentrum mit Teilfunktion Oberzentrum, die Deutsche Bahn veranlasst, dass der Bahnhof um 22:00 Uhr verschlossen wird und kein Reisender mehr die Möglichkeit hat, sich bei Umstiegen, Zugverspätungen oder – ausfällen entsprechend unterzustellen oder aufzuwärmen.

Herr Richter- Mendau bittet diesbezüglich um Unterstützung.

Herr Hellmuth sagt seine Mithilfe zu.

Frau Braun schlägt vor die Bundespolizei, die im Bahnhofsgebäude auch einen Sitz hat, um Unterstützung zu bitten.

Des weiteren weist sie darauf hin, dass mit der neuen Satzung zur Schülerbeförderung vom 21. Oktober 2009 die Änderung vom 24.06.2008 außer Kraft gesetzt wurde.

Frau Braun bezieht sich darauf, dass hiermit der Anspruch auf eine kostenlose Beförderung nach 17:00 Uhr für den Schüler nicht gegeben sein soll, insbesondere für die Hortbeförderung.

Herr Zimmermann zitiert den § 71 des Schulgesetzes, wonach ein Anspruch auf Beförderung ebenfalls für die außerschulische Angebote gilt.

Frau Bollfraß erläutert, dass die Festlegung - Anerkennung der Fahrausweise für die kostenlose Beförderung nach 16:00 Uhr - in die Richtlinie für die Schülerbeförderung eingearbeitet wurde, da diese von Seiten der Altmark Bus GmbH nicht anerkannt wurde.

Diskussion

Frau Braun übergibt Frau Theil ein Schreiben der Sekundarschule Seehausen zu Sicherheitsmängeln der Alarmanlage. Da es hier um die Sicherheit der Schüler geht, sollte umgehend an der Beseitigung gearbeitet werden.

Frau Braun schließt den TOP 6.